

Links

- [Geneva Peacebuilding Platform](#)
- [Geneva Declaration on Armed Violence](#)
- [Tagungsbericht](#)
- [OECD: IDPS](#)
- [IDPS: Policy-Dokumente](#)

Weitere Informationen:
Geneva Peacebuilding
Platform
[Achim Wennmann](#)

Geneva Peacebuilding Platform: Diskussionen über Konflikte und Fragilität nach Busan

Die Geneva Peacebuilding Platform und die Geneva Declaration on Armed Violence and Development organisierten Ende Januar gemeinsam eine Tagung mit ExpertInnen, politischen Entscheidungsträgern sowie VertreterInnen von NGOs, um die Ergebnisse des vierten *High Level Forums on Aid Effectiveness* in Busan im Rahmen des *International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding* (IDPS) zu diskutieren. Die Debatten konzentrierten sich auf Richtungen und Möglichkeiten zur Stärkung der Konflikt- und Fragilitätsagenda nach Busan. Die ExpertInnen kamen zum Schluss, dass konkrete Umsetzungsmassnahmen des *New Deal Agreement* vor grossen Herausforderungen stehen. Die internationale Gemeinschaft und Empfängerländer müssen weiterhin zahlreiche Hindernisse bei der Verringerung von Fragilität überwinden. Ferner wird die Umsetzung des allgemeinen Abkommens grosse Schwierigkeiten bereiten, weil sich die Kontexte in den betroffenen Ländern stark unterscheiden. Die an der Tagung anwesenden ExpertInnen betrachten die konkrete Umsetzung des New Deal Abkommens dennoch als Chance, die Konflikt- und Fragilitätsagenda voranzutreiben. Das Interesse verschiebt sich dabei von Spender-Empfänger-Beziehungen zur Beziehung zwischen Regierung und Gesellschaft. Dies verändert den Schwerpunkt der internationalen Bemühungen.

Die Tagung in Genf zeigte, dass die Ergebnisse von Busan den Beginn eines globalen Konsenses markieren. So haben sich an der Konferenz in Südkorea verschiedenste Akteure von Geberländern und fragilen Staaten über zivilgesellschaftliche Organisationen bis zu Schwellenländern wie Brasilien und China beteiligt. Der IDPS markierte demnach auch das positive Engagement von Schwellenländern im Rahmen der Entwicklungsdebatten. Des Weiteren hat der Dialog fünf neue Ziele für die Friedensförderung und den Staatsaufbau etabliert, die von den Millennium-Entwicklungszielen nicht abgedeckt werden. Legitime Politik, Gerechtigkeit, Sicherheit, wirtschaftliche Grundlagen sowie Einkünfte und Dienstleistungen als klare Zielvorgaben des New Deals werden deshalb helfen, das internationale Engagement in fragilen Staaten weiterzuführen und auszubauen. 06.02.2012

Links

- [PBI](#)
- [Guatemalanetz](#)
- [Recht ohne Grenzen](#)
- [Mining: Good for Guatemala?](#)
- [Guatemala's Indigenous Women in Resistance](#)

Zementierte Zukunft? Natürliche Ressourcen und Menschenrechte in Guatemala

Im Jahr 2006 begann die guatemalteckische Firma Cementos Progreso mit dem Projekt San Juan, welches den Bau einer Zementfabrik und eines Steinbruchs in verschiedenen Gemeinden in San Juan Sacatepéquez in Guatemala umfasst. Die Schweizer Firma Holcim ist mit 20 Prozent daran beteiligt.

Die betroffenen indigenen Gemeinden wurden von offizieller Seite nicht konsultiert, deshalb führten sie eine eigene Abstimmung durch. Das Resultat war eindeutig: 8946 Personen stimmten gegen den Bau des neuen Zementwerks, 4 Personen sprachen sich dafür aus. Trotz der klaren Ablehnung des Projekts erteilte die Gemeinderegierung die Baubewilligung. Seither bleibt die Lage angespannt.

Weitere Informationen:
PBI [Judith Schnyder](#)

Verschiedene Organisationen berichten seit Juni 2007 von massiver Polizei- und Militärpräsenz, Einschüchterungen und Übergriffen auf die Bevölkerung, Verhaftungen sowie Anklagen gegen Fabrikgegner. Knapp 20 GegnerInnen des Werkes kamen unter bislang ungeklärten Umständen ums Leben.

Aufgrund der wachsenden Bedrohungen wird der gewaltfreie Widerstand der Vereinigung Qamalo'ki Aj Sanjuani (People of San Juan Unite) seit 2009 von Peace Brigades International (PBI) vor Ort begleitet. Ende Januar 2012 reisten zwei indigene Vertreter auf Einladung von PBI und dem Guatemalanetz Bern in die Schweiz. Sie trafen sich während zehn Tagen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft, der Bundesverwaltung, des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und der Vereinten Nationen sowie mit Medienschaffenden. Sie machten ebenso im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen auf ihre Situation aufmerksam.

Obwohl sich die Schweiz dafür einsetzt, dass Privatunternehmen mehr Verantwortung für Menschenrechte und die Umwelt übernehmen, zeigt der Fall von San Juan Sacatepéquez, dass die auf Freiwilligkeit basierenden Mechanismen keinen effektiven Schutz gewährleisten können. Die aktuelle Kampagne „Recht ohne Grenzen“ fordert deshalb weiterhin verbindliche Regeln, die Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichten.

15.02.2012

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [DEZA](#)
- [Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2013-2016](#)
- [DEZA: KSPM-Handbuch](#)
- [OECD/DAC](#)
- [OECD: Prinzipien zum Engagement in fragilen Staaten](#)
- [New Deal Abkommen](#)

DEZA: verstärktes Engagement in fragilen Ländern

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA wird sich vermehrt in fragilen und konfliktbetroffenen Ländern engagieren, weil Fragilität und Gewaltkonflikte den Raum für Entwicklungsprogramme und humanitäre Aktionen zunehmend beeinflussen. Dies ist auch eine zentrale Neuerung in der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013-2016, welche der Bundesrat im Februar verabschiedete.

Eine Umfrage des Development Assistance Committees der OECD hat gezeigt, dass die internationalen Geldgeber die zehn Prinzipien zum Engagement in fragilen Staaten von 2007 nur ungenügend umgesetzt haben. Neue Policy-Anstrengungen waren deshalb notwendig: Im International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding (IDPS) verhandelten Geberländer und fragile Staaten im Hinblick auf einen *New Deal for Engagement in Fragile States*. Die DEZA-Direktion hatte den New Deal bereits im Vorfeld des vierten Gipfeltreffens zu Aid Effectiveness in Busan gutgeheissen. DEZA-Direktor Martin Dahinden unterstrich in Südkorea die Bedeutung des konflikt sensitiven Programm-Managements (KSPM) und kündigte an, die DEZA werde ihr Engagement in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten um 15-20 Prozent erhöhen.

Die fünf im New Deal definierten *Peace and Statebuilding Goals* gelten nun in allen fragilen Partnerländern der DEZA als übergeordnete Zielsetzung und die Anwendung von KSPM wird obligatorisch. Relevante Themen wie Menschenrechte, Zugang zu Justiz, bewaffnete Gewalt oder Vergangenheitsarbeit müssen zudem vermehrt in die Kontextanalyse sowie in die Strategie- und Programmformulierung einfließen.